

An einem Informations- und Austausch Anlass zum Thema "Wohin mit Randständigen im öffentlichen Raum?" wurde diskutiert, dass im Kleinbasel immer mehr öffentliche Plätze erneuert und "aufgewertet" werden. Oft hat dies zur Folge, dass alt angestammte "Plätzchen" von Randständigen und Obdachlosen verschwinden und sich die Betroffenen deshalb neue Treffpunkte und Rückzugsorte suchen müssen bzw. sich an weniger Orten sammeln.

In der Diskussion im Treffpunkt Glaibasel wurde die Befürchtung geäußert, dass bei Planungen von Umbauten im öffentlichen Raum die Tendenz bestehen könnte, randständige Menschen fernzuhalten. Zudem wurde festgestellt, dass eine Konzentration von randständigen Menschen an einigen wenigen Orten, zu einer Übernutzung führen kann sowie zu Auseinandersetzungen. Es sei daher wichtig, dass es weiterhin genügend Orte in der Stadt gibt, wo sich randständige Menschen aufhalten dürfen. Es wurde zudem berichtet, dass randständige Menschen im öffentlichen Raum auch eine durchaus wünschbare Sozialkontrolle ausüben können und damit für eine saubere und sichere Umgebung sorgen können. Dies verdeutlicht, dass diese Menschen keinesfalls eine Belastung für die Gesellschaft darstellen, sondern eine wichtige Nischenfunktion im öffentlichen Raum wahrnehmen können.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden randständige Menschen bei der Stadtplanung wahrgenommen und miteinbezogen? Werden dazu insbesondere deren Interessenvertreter wie der Schwarze Peter oder der Treffpunkt Glaibasel eingeladen?
2. Beabsichtigte die Regierung bisher bei der Planung von Neubauten und Parkanlagen, die Nutzung des öffentlichen Raums durch randständige Personen zu verunmöglichen? Beispielsweise durch unbequeme Sitzgelegenheiten (Elisabethenanlage, Claraplatz) oder fehlende Überdachungen (teilweise Claraplatz, Theodorsgraben-Anlage).
3. Welche Politik verfolgt die Regierung in Bezug auf randständige Menschen in Basel-Stadt allgemein und insbesondere im öffentlichen Raum?
4. Wieso wurde beispielsweise das gut funktionierende Regime im Theodorsgraben-Anlage (eingeführt durch Schwarzen Peter und Polizei) nicht in die Neuplanung miteinbezogen? Und wieso gibt es dort keine überdachten Sitzgelegenheiten mehr?
5. Ist die Regierung bereit, in Zukunft die Interessenvertreter und die randständigen Menschen selbst besser in die Planung miteinzubeziehen?
6. Inwiefern werden die Interessen von randständigen Menschen von der Stadtentwicklung im Präsidialdepartement berücksichtigt? Und könnte die Stadtentwicklung in Zukunft die Interessen der randständigen Menschen im öffentlichen Raum departementsübergreifend wahren?
7. Wie kann in Zukunft gewährleistet werden, dass die Anliegen der randständigen Menschen insbesondere bei Um- und Neubauten im öffentlichen Raum nicht nur angehört sondern auch tatsächlich umgesetzt werden?

Tanja Soland